

Basel, 11. September 2017

Semestergebührenerhöhung an der Universität Basel: skuba erwägt Volksinitiativen!

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Universität muss bis Ende 2021 gut 43 Millionen Franken sparen, nun soll ein Teil dieser Sparbemühungen auf die Studierenden abgewälzt werden. Dies würde von der Politik erwartet werden, so die Universität. Die Studentische Körperschaft der Universität Basel (skuba) positioniert sich klar gegen dieses Vorhaben und kritisiert die Pläne der Universitätsleitung scharf.

Studiengebührenerhöhung und Sparmassnahmen im Hochschulbereich sind ein politischer Dauerbrenner, sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler Ebene. Manchmal werden sie von Parlamentsmitgliedern gefordert, manchmal von Kantonsregierungen, oft im Zusammenhang mit der eigenen gescheiterten Finanzpolitik. Aus naheliegenden Gründen lehnt die skuba die diskutierten Pläne der Universitätsleitung zur Erhöhung der Studiengebühren vehement ab.

Studierende der Universität Basel bezahlen derzeit 850 Franken pro Semester. Unter allen Volluniversitäten der Schweiz, inklusive den eidgenössischen technischen Hochschulen, verlangt die Universität Basel die höchsten Studiengebühren. Der Anteil der Gebühren am Gesamtbudget reicht bei weitem nicht aus, um die mit dem Studium verbundenen Kosten zu decken. Dies ist aber nicht zufällig so, sondern bewusst gewählt. Die Idee dahinter ist, dass die Hochschulbildung für alle Teile der Bevölkerung möglichst unabhängig der wirtschaftlichen und sozialen Situation offensteht. Die Studiengebühren wurden bereits 2013 um 150 Franken erhöht. Eine erneute Erhöhung würde vor allem bei finanzschwächeren Haushalten und Studierenden ins Gewicht fallen und der Erfolg dieser Massnahme ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat, durchaus bescheiden. Angesichts der steigenden Mieten und Krankenkassenprämien wäre im Moment sowieso eine Entlastung für die Studierenden fällig. So verweist die skuba ausserdem auf § 14 des Universitätsvertrags der Trägerkantone. Eine Diskriminierung aufgrund der sozialen Stellung darf nicht geschehen, die Gebührenregelung darf den Zugang zum Studium nicht beeinträchtigen und die Höhe der Gebühren muss sich an denen von anderen Universitäten orientieren! Die skuba ist empört über die Pläne der Universitätsleitung, da gerade Gebührenerhöhungen für Studierende mit Blick auf das Globalbudget und im Rahmen der Sparmassnahmen nicht merklich ins Gewicht fallen.

Sollte sich im Diskurs mit der Universitätsleitung keine Einigung ergeben und sollte an den Plänen festgehalten werden, wird die skuba mit allen Mitteln gegen die Pläne vorgehen und versuchen per Lancierung einer Doppelinitiative in den beiden Trägerkantonen die Erhöhung der Studiengebühren zu verhindern.

Für die skuba
Giuliano Borter, Vize-Präsident der skuba

Für Rückfragen: Giuliano Borter, aeusseres-skuba@unibas.ch, 061 207 30 06